

Energie- und klimapolitische Aussagen der Parteien - Auszüge aus den Parteiprogrammen zur Wahl September 2005 -

Mit dem Misstrauensantrag von Bundeskanzler Schröder am 1. Juli 2005 wurde Bundespräsident Horst Köhler der Auftrag zur Auflösung des deutschen Bundestages erteilt. Am 21.07.2005 hat Bundespräsident Horst Köhler dem Antrag zugestimmt. Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 25. August die Rechtsgültigkeit des Verfahrens erklärt hat, ist der Weg für vorgezogene Neuwahlen zum deutschen Bundestag am 18.09.2005 frei.

Der Ausgang der Wahlen wird die zukünftige Energie- und Klimapolitik Deutschlands, sowohl auf nationaler, europäischer wie internationaler Ebene entscheidend beeinflussen. Europa und die internationale Gemeinschaft stehen vor weitreichenden Entscheidungen was die zukünftige Klimapolitik betrifft. Es gilt, den deutschen Nationalen Allokationsplan für 2008-2012 auszuarbeiten, Europa überarbeitet sein Klimaschutzprogramm, legt weiter führende Erneuerbare-Energien-Ziele fest und muss sich auf die internationale Klimaschutzdiskussion Post-2012 einigen.

Die Rot-Grüne Bundesregierung, allen voran der grüne Umweltminister Jürgen Trittin, standen international als Vorreiter für Klimaschutz und Erneuerbare Energien. Allerdings hat sich dieses Bild auf dem Frühjahrstreffen der Regierungschefs der EU gewandelt, als sich Deutschland zusammen mit Österreich gegen langfristige Klimaschutzziele ausgesprochen hat.

Deutschland hat große Lenkungswirkung. Schwellenländer wie China oder Indien nehmen Industrieländer wie Deutschland als Maß für wirtschaftlich machbaren Klimaschutz. Rückschritte im Bereich Klimaschutz und Erneuerbare Energien, oder gar das Aufweichen des Ausstiegs aus der Kernenergienutzung könnten einen weltweiten Rollback auslösen und den internationalen Klimaschutz gefährden.

Die wichtigen Parteien zur Wahl - SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke, PDS¹ - haben ihre Wahlprogramme veröffentlicht. Sie geben Aufschluss über ihre Position zu klima- und energiepolitischen Fragen und die Richtung, in die Deutschland nach der Wahl in dieser Frage steuern könnte.

Für Greenpeace sind unter klima- und energiepolitischer Sicht folgende Aspekte von Interesse:

1. Welchen Stellenwert hat Klimaschutz für die einzelnen Parteien?
2. Wie stehen die Parteien zur Atomenergie?
3. Wird Deutschland weiter Kohle fördern?
4. Haben Erneuerbare Energien bei den Parteien eine Zukunft?
5. Wie ist Energieeffizienz bei den Parteien aufgehoben?
6. Welche Strategien verfolgen die Parteien beim Thema Öl?

Sie werden im Folgenden einzeln beleuchtet. Abschließend werden die Positionen der einzelnen Parteien zusammen gefasst.

Im Anhang A-E (Seite 8-14) sind die Aussagen der fünf Parteien in ihren Wahlprogrammen zu den sechs Schlüsselthemen aufgelistet.

¹ Im Folgenden werden die Parteien vereinfacht SPD, CDU, Grüne, FDP, Die Linke, genannt.

Fragen an die Wahlprogramme der einzelnen Parteien

1. Welchen Stellenwert hat Klimaschutz für die einzelnen Parteien?

Bis auf die Linke, die sich zum Thema *Klimaschutz* und der besonderen Rolle Deutschlands hierin überhaupt nicht äußert, sehen alle Parteien den Klimawandel als Problem und die Notwendigkeit für mehr Klimaschutz. Im Detail ergeben sich sehr große Unterschiede was die Präzision des Bekenntnisses zum Klimaschutz betrifft. Die Parteien SPD, CDU und FDP haben keine Klimaschutz-Ziele für Deutschland in ihrem Programm. Demgegenüber stehen die Grünen für 40% Treibhausgasreduktion bis 2020. Sie vertreten darüber hinaus ein langfristiges Reduktionsziel von 80% bis 2050. Grüne und FDP setzen sich für eine starke weiterführende europäische Klimapolitik ein. Beide Parteien fordern auf EU-Ebene 30% bis 2020 und die Festlegung langfristiger Klimaschutzziele.

SPD und CDU äußern sich nicht zur *EU-Klimapolitik*. Die SPD hatte bereits durch das Veto von Bundeskanzler Schröder auf dem EU-Frühjahrgipfel 2005 die Festlegung der EU auf ein langfristiges Klimaschutzziel verhindert. Klimaschutz wird in der SPD mit Kohlekraftwerken gemacht. Im Unklaren wird gelassen, welche Ziele mit diesen Kraftwerken erreicht werden sollen.

	SPD	CDU	Grüne	FDP	Die Linke
Deutsche Klimaschutzziele	Setzen auf klimafreundliche Kohlekraftwerke, die mit Klimaschutzzielen der SPD vereinbar sind	Forcieren Anstrengungen zum nationalen Klimaschutz	40% bis 2020 80% bis 2050		
Internationale Klimapolitik, Post-2012 EU-Klimapolitik		„Kyoto Plus“ in dem weltgrößte CO ₂ -Produzenten, Entwicklungs- und Schwellenländer eingebunden sind	EU 30% bis 2020 und Entwicklung langfristiger europäischer Klimaschutzpolitik	EU 30% bis 2020	
Emissionshandel	Vermindert Emissionen entsprechend der Kyoto-Abkommen		Sorgt dafür, dass Klimaschutz dort stattfindet, wo er am kostengünstigsten erreicht werden kann.	EH wichtigstes klimapolitisches Instrument	
Flexible Mechanismen: CDM, JI, Senken				So schnell so viel wie möglich einleiten	

Auf internationaler Ebene stehen die *UN-Klimaverhandlungen* zur zweiten Verpflichtungsperiode („Post-2012“) an. Dazu äußern sich FDP und CDU in ihren Wahlprogrammen. Für die FDP ist die Fortführung des Klimaschutzes im Rahmen des Kyoto-Protokolls nach dem Prinzip „Cap and Trade“ der Schlüssel für wirksamen Klimaschutz. Dies steht im Gegensatz zum Beispiel der USA, die sich dem Protokoll bislang verweigern und nach 2012 gern ein anderes, ungedeckeltes Instrument auf Basis von Energieintensitäten installiert sehen würden. Diesem, so die Meinung der USA, könnten sich auch Entwicklungs- und Schwellenländer anschließen, denn es würde ihre Entwicklung nicht behindern oder gar bremsen. Ähnlich äußert sich die CDU in ihrem Programm und nennt es „Kyoto-Plus“. Sie fordern die Einbindung der USA, Chinas und Indiens in ein zukünftiges Klimaschutzregime.

Der *Emissionshandel* braucht klare Ziele, also Caps. Denn ohne eine Limitierung der Emissionen gibt es keinen Preis für Kohlendioxid und der Markt bräche zusammen. Das Klimaschutzinstrument Emissionshandel würde zusammenbrechen und Anreize für Investitionen in emissionsarme Kraftwerke ginge verloren. Es sei denn, Europa machte alleine weiter.

Die FDP steht voll hinter den Instrumenten des Emissionshandels, sowie der flexiblen Mechanismen CDM und JI. Sie möchte möglichst viele CDM und JI Projekte starten, da diese den nötigen Schwung für erneuerbare Energien liefern. SPD und Grüne loben das Instrument als von ihnen während ihrer Regierungszeit implementiert. Darüber hinaus gibt es keine Aussagen, auch nicht bei der CDU, wie sich dieses Instrument in Zukunft entwickeln soll.

2. Wie stehen die Parteien zur Atomenergie?

	SPD	CDU	Grüne	FDP	Die Linke
Laufzeitverlängerung	Hält am Atomausstieg fest	Betriebsdauer richtet sich ausschließlich nach Gewährleistung größtmöglichen Sicherheitsniveaus	Nein	Nicht politisch-ideologisch entscheiden, sondern nach Erfordernissen der Sicherheitstechnik des Klimaschutzes und der Betriebswirtschaft.	Ausstieg sofort
Neubau	Nein		Nein	Option offen halten	Nein
Endlager	Bekannt sich zur nationalen Verantwortung zur Endlagerung radioaktiver Abfälle	Stellen die Weichen für eine geordnete Entsorgung	Neue Standort-suche, da Gorleben unsicher		
Warum +/- Atom?		Aufrechterhaltung niedriger Strompreise Klimaschutz	Unfall kann nicht ausgeschlossen werden Risiko Terrorismus	Beitrag zum Klimaschutz, freier Markt	
			Abschaffung der Privilegien steuerlicher Rückstellungen Abschaffung Euratom-Vertrag keine Fusionsforschung kein Export von Atomtechnologie	F&E: ambitionierte Grundlagenforschung, Fusionsforschung mit Wendelstein 7-X in Deutschland und ITER in Europa	kein Export von Atomtechnik keine unnötigen Atomtransporte

In der Frage der *Nutzung der Kernenergie* gibt es zwei Lager. Auf der einen Seite stehen die Befürworter CDU und FDP, die sich klar für die Aufhebung des Atomausstiegs aussprechen. Auf der anderen Seite stehen SPD, Grüne und Linkspartei. Der Linke ist der von der SPD-Grünen Bundesregierung erreichte Atomausstieg nicht weitgehend genut. Sie fordern einen schnelleren Atomausstieg. Die SPD beruft sich auf das während ihrer Regierungszeit erreichte. Die Grünen fordern eine neue *Standortsuche*, da Gorleben nicht sicher ist, fordern die Abschaffung des Euratom-Vertrages und ein Verbot des *Exports von Atomtechnologie*. Die FDP sieht in der weiteren Nutzung der Kernenergie einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit. Für die CDU ist der Hauptgrund für die weitere Kernenergienutzung die Hoffnung auf niedrige Strompreise. Grüne und Die Linke lehnen einen Export von Atomtechnologie strikt ab.

3. Wird Deutschland weiter Kohle fördern?

	SPD	CDU	Grüne	FDP	Die Linke
Steinkohle-Subventionen Steinkohlebergbau	Steht zur vereinbarten Steinkohlefinanzierung Beschäftigten gibt die SPD auch künftig klare Zukunftsperspektive	Auslauf des subventionierten Bergbaus abstimmen	Abschaffung Kohlebeihilfen Ende Kohlesubvention bis 2012 Ende Steinkohlebergbau im Saarland bis 2012	Zügig beenden Ja, aber subventionsfrei	
Kohle und Klimaschutz?		Zusätzliche Kohlekraftwerke widersprechen fundamental den Klimaschutzzielen	Emissionshandel schafft kalkulierbare Rahmenbedingungen für die ökologische Modernisierung des Kraftwerksparks		
Kraftwerkstechnologie	Setzen auch in Zukunft auf effiziente und klimafreundliche Kohlekraftwerke		KWK bis 20120 verdoppeln Ausbau hocheffizienter Kraftwerke	F&E effiziente Kraftwerkstechnik	
Warum Kohle?		Wir brauchen breit gefächerten Energiemix	Wird sind noch nicht so weit, auf fossile ganz zu verzichten	Wird weiter wichtiger fossiler Energieträger bleiben	
CO₂-Speicherung	Ziel ist emissionsfreies Kraftwerk, bei dem CO ₂ abgeschieden und gespeichert wird			F&E	

In der Frage der Förderung von Kohle steht die SPD in der Parteienlandschaft ziemlich alleine da. Keine der anderen Parteien möchte die *Subventionierung der deutschen Steinkohle* aufrecht erhalten. Präzise werden, was den Zeitraum des Ausstiegs betrifft, einzig die Grünen und geben als Ende der Subventionen 2012 an. Die FDP möchte die Steinkohlesubventionen zügig beenden. Die Grünen möchten den Steinkohlebergbau im Saarland komplett beenden. Für Die Linke sind Kohlefragen kein Thema.

Unabhängig von Steinkohlesubventionen ist die Frage nach dem zukünftigen Kraftwerkspark. Welche Rolle spielt die Kohle in der zukünftigen Energieversorgung Deutschlands? Während die FDP alles dem Markt, bzw. dem Emissionshandel überlässt, setzt die SPD auch in Zukunft auf effiziente Kohlekraftwerke, nennt sie klimafreundlich, denn das erklärte Ziel sind Kohlekraftwerke mit CO₂-Abscheidung und *CO₂-Speicherung*. Diesem Pfad folgen die Grünen nicht ganz bis zum Ende. Doch auch sie fordern *hocheffiziente Kraftwerke* und zusätzlich eine Verdopplung des KWK-Anteils bis 2010. Die Speicherung von CO₂ ist für die FDP eine langfristige Option, der noch viel Forschung und Entwicklung bedarf. Am wenigsten äußert sich die CDU zu dem gesamten Thema, da für sie die Kernenergienutzung Vorrang hat.

4. Haben Erneuerbare Energien bei den Parteien eine Zukunft?

Die größte Chance für einen schnellen und gewollten *Ausbau der erneuerbaren Energien* in Deutschland bieten die Grünen. Sie gehen mit der Aussage 4x25 in den Wahlkampf. Dahinter verstecken sich 25% Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor, im Wärmesektor, im Verkehr bis 2020 und in der Chemie. Zusätzlich soll ein Regeneratives Wärmegesetz ähnlich dem EEG,

sowie der Offshore-Wind Vorfahrt erhalten.

Das EEG sind CDU und FDP ein Dorn im Auge. Die CDU möchte Teile des EEG beschneiden, die FDP möchte es gar ganz abschaffen und durch ein Modell marktwirtschaftlicher Förderung durch Mengensteuerung ersetzen.

Die FDP sieht in der Nutzung der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls eine große Chance für die weltweite Entwicklung und den Ausbau der erneuerbaren Energien.

	SPD	CDU	Grüne	FDP	Die Linke
Ziel	Umbau der Stromversorgungsnetze beschleunigen	12,5% an der Stromversorgung (ohne Datum)	4 x 25 bis 2020	Kein Ziel interessant für CDM	100% bis 2050
EEG	Biomasse fördern	Reduktion der zum Teil exorbitanten Subventionierung, v.a. Wind	Ausbau und Regeneratives Wärmegesetz Förderung nachwachsender Rohstoffe	Abschaffen: durch ein Modell marktwirtschaftlicher Förderung durch Mengensteuerung ersetzen	
Offshore-Wind			Ja, ans Netz		
Warum REN?			Weltweit Marktführer schafft Arbeitsplätze Schlüssel für die Lösung der Energiefrage von morgen	Klimaschutz, Verringerung der Abhängigkeit von anderen Energieträgern	
	Weltweite Energiepartnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit erneuerbaren Energien voranbringen			F&E zur Energiespeicherung	Förderung Internationaler Kooperationsprojekte

5. Wie ist Energieeffizienz bei den Parteien aufgehoben?

	SPD	CDU	Grüne	FDP	Die Linke
Ausbau	Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen		Effizienzklassen für Autos	So schnell und viel als möglich	Steigerung Energieeffizienz
Wo	Gebäudesanierung Verkehr	Altbauanierung effizientere Energienutzung	Kraftwerke, Verkehr	Effizienz in allen Sektoren	
Warum Effizienz?			Schlüssel für die Lösung der Energiefrage von morgen	Enormes Potential zum Schutz knapper Ressourcen und Klimaschutz	Schonung von Rohstoffen und Ressourcen

Alle Parteien haben die Potentiale der *Effizienzsteigerung* entdeckt. Am weitesten geht dabei, zumindest in der Wortwahl, die SPD, die von einer Effizienzrevolution spricht. Angaben über zu erzielende Steigerungsraten, wie sie aktuell in der Effizienzrichtlinie der EU beraten werden, fehlen bei allen Parteien.

6. Welche Strategien verfolgen die Parteien beim Thema Öl?

Beim Thema Öl, Transport, Verkehr fallen CDU und FDP überhaupt nichts ein. Die anderen Parteien sind sich zumindest in der Problemanalyse einig, dass die *Abhängigkeit vom Öl* ständig zunimmt, die Ressourcen schwinden und die Preise steigen.

Die FDP lehnt Gängeleien bei der Wahl des Verkehrsmittels und die prohibitive Verteuerung des Verkehrs ab. Grüne und SPD setzen auf Biokraftstoffe. Zusätzlich fordern die Grünen, die Kfz-Steuer auf CO₂-Emissionen umzustellen. Daneben soll die Bahn attraktiver werden und fliegen teurer. Die Grünen wollen dies durch den Abbau der Mehrwertsteuerbefreiung von *Flugbenzin* erreichen.

	SPD	CDU	Grüne	FDP	Die Linke
Strategie	Umstieg auf erneuerbare Kraftstoffe		Verlängerung der Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe	Gängeleien bei der Wahl des Verkehrsmittels und prohibitive Verteuerung des Verkehrs werden abgelehnt.	
			Umsetzung Kfz-Steuer auf CO ₂ -Emission EU-weit Grenzwerte für Autos		
Warum Öl?	Wird immer teurer knappe Ressourcen		Abhängigkeit vom Öl reduzieren hohe Ölpreise		
Bahn			Bahnfahren billiger, Güter auf die Schiene		Mehr Güter auf die Schiene Bahn billiger
Flugverkehr			Abbau Mehrwertsteuerbefreiung auf Flugtickets		Flugbenzin besteuern

Zusammenfassung der Klima- und energiepolitischen Kernaussagen

Die *SPD* hat sich weit vom Klimaschutz entfernt. Zur Bedienung der Kohleklintel riskiert sie die Nichteinhaltung der deutschen Klimaschutzziele und gefährdet durch ihre Blockadehaltung notwendigen weiterführenden Klimaschutz. Rot steht für eine verkohlte Zukunft.

- Klimaschutz durch Kohlekraftwerke und CO₂-Speicherung.

Die *CDU* setzt auf Atom, glaubt damit in allen Bereichen die Welt retten zu können, erwartet damit niedrige Strompreise und Klimaschutz. Die anderen Klimaschutzmaßnahmen fallen dabei zum Teil hinten runter, oder sollen gar wie im Falle der erneuerbaren Energien gekürzt werden. Schwarz steht für eine strahlende Zukunft.

- Klimaschutz durch Atomkraftwerke.

Die *Grünen* haben zu ihren Wurzeln zurück gefunden, setzen sich für Klimaschutz und Wege weg vom Öl ein. Beim Weg weg von der Kohle sind sie nicht so mutig. Sich mit dem Emissionshandel und dem deutschen NAP zu rühmen, der Kohle über alle Maßen bevorzugt und damit das 2020-Ziel gefährdet, ist den Grünen nachteilig anzurechnen. Grün ist nicht immer Grün.

- Klimaschutz durch Erneuerbare Energien und effiziente fossile Kraftwerke.

Die *FDP* setzt wie keine andere Partei auf den freien Markt. Sie will sich nicht einmischen, alles zulassen und ausschließlich durch das Prinzip „Cap and Trade“ notwendige Klimaschutzziele erreichen. Diesem sehr strikten Ansatz fallen denn auch die Anschubfinanzierungen (EEG) für erneuerbare Energien zum Opfer und gefährden deren Entwicklung.

- Klimaschutz durch Emissionshandel und Nutzung der flexiblen Mechanismen.

Die *Linke* will weg vom Öl und allen anderen fossilen und nuklearen Energieträgern. Bis 2050 ist eine 100 prozentige Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien vorgesehen. Wie sie dieses Ziel erreichen will, bleibt offen. Zum internationalen Klimaschutz, und damit auch Generationengerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung äußert sich die Linkspartei nicht.

- Klimaschutzwunsch 100% erneuerbar bis 2050.

Deutscher Klimaschutz nach dem 18. September 2005

Die zukünftige Klimaschutz- und Energiepolitik wird entscheidend vom Ausgang der Wahlen und den daraus möglicherweise resultierenden Regierungskoalitionen abhängen.

Unter einer *CDU-FDP* geführten Regierung werden Atomkraftwerke länger laufen, wird Deutschland über die Nutzung der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls (CDM, JI) seine Reduktions-ziele erfüllen. Die Beschneidung, oder gar Auflösung des EEG wird die erneuerbaren Energien aus dem Rennen werfen. Klimaschutz wird nicht mehr in Deutschland erzielt, sondern in Entwicklungs-ländern über CDM-Projekte kostengünstig eingekauft.

Unter einer *SPD-Grünen* geführten Regierung wird es zu halbherzigem Klimaschutz kommen. Auf der einen Seite steht die SPD, die sich für die Kohle stark macht, auf der anderen Seite die Grünen, die sich für die erneuerbaren Energien stark machen. In diesem Spannungsfeld wird es zur Zulassung flexibler Mechanismen kommen. Die Höhe wird von der Stärke der SPD, von der Stärke der Kohle, abhängen. Deutschland könnte weiterhin seine Wirtschaftskraft im Bereich erneuerbarer Energien halten und ausbauen.

Unter einer großen *CDU-SPD* geführten Regierung geraten Klima- und Energiepolitik unter die Räder. Der Atomausstieg wird rückgängig gemacht, Kohlekraftwerke werden weiter protegiert. Das EEG könnte in Teilen, zum Beispiel Windnutzung an Land, beschnitten werden. Da beide Parteien keine (langfristigen) Klimaschutzziele in ihren Programmen festgeschrieben haben, steht auf europäischer und internationaler Bühne ein Schulterschluss mit den USA zu befürchten.

Anhang A

SPD „Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD.“ (42 Seiten)

Klimaschutz: 4

1. In der Energiepolitik wurde ein grundlegender Wandel hin zu mehr Effizienz und Klimaschutz vollzogen.
2. Wir setzen auch in Zukunft auf hocheffiziente und klimaverträgliche Kohlekraftwerke und werden dafür sorgen, dass dieser Energieträger auch mit unseren Klimazielen vereinbar ist.
3. Wir begegnen der wachsenden Nachfrage nach Energie und den Herausforderungen des Klimawandels mit einer klaren Innovationsstrategie, die auf einen breiten Energiemix und einen effizienten und klimafreundlichen Umgang mit den Energieressourcen setzt.
4. Der neu eingeführte Emissionshandel vermindert die Emissionen entsprechend dem Kyoto-Abkommen.

[keine Bekenntnis zum Klimaschutz, keine Ziele bis 2020 oder 2050, kein <2°C Ziel]

Atom: 5

1. Der Atomausstieg wurde vereinbart.
2. Wir halten am Atomausstieg fest.
3. Bei der Umsetzung des vereinbarten Atomausstiegs wird die Sicherheit des Reaktorbetriebs während der Restlaufzeit im Zentrum unserer Aufmerksamkeit stehen.
4. Wir bekennen uns zur nationalen Verantwortung für die Endlagerung radioaktiver Abfälle.
5. CDU und CSU ziehen eine unbegrenzte Nutzung der Atomenergie in Betracht und kündigen sogar den Neubau von Atomkraftwerken an.

Kohle: 4

1. Wir setzen auch in Zukunft auf hocheffiziente und klimaverträgliche Kohlekraftwerke und werden dafür sorgen, dass dieser Energieträger auch mit unseren Klimazielen vereinbar ist.
2. Den Beschäftigten im Steinkohlebergbau geben wir auch künftig eine klare Zukunftsperspektive, indem wir den sozialverträglichen Strukturwandel im Bergbau weiter begleiten.
3. Es bleibt bei der vereinbarten Steinkohlefinanzierung
4. Unser Ziel ist ein emissionsfreies Kraftwerk, in dem CO₂ wirksam abgeschieden und gespeichert werden kann.

Erneuerbare Energien: 5

1. Wir setzen auf die Märkte von Morgen: nachhaltige Stoffwirtschaft, Erneuerbare Energien, Energie-einsparung und Effizienzrevolution bei Energie und Rohstoffen
2. Wir bringen die weltweite Energiepartnerschaft für nachhaltige Entwicklung im Sinne der Renewables-Konferenz von Bonn 2004 mit Erneuerbaren Energien voran.
3. ...die Erneuerbaren Energien wurden stärker gefördert.
4. Den mit der Einbindung der Erneuerbaren Energien verbundenen Umbau unserer Stromversorgungs-netze werden wir beschleunigen.
5. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien werden wir die gewachsene Bedeutung der Energieerzeugung aus Biomasse weiter verstärkt fördern.

Effizienz: 5

1. In der Energiepolitik wurde ein grundlegender Wandel hin zu mehr Effizienz und Klimaschutz vollzogen.
2. Wir setzen auf die Märkte von Morgen: nachhaltige Stoffwirtschaft, Erneuerbare Energien, Energie-einsparung und Effizienzrevolution bei Energie und Rohstoffen
3. Die Vernetzung der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße ist dabei der richtige Schritt, um ökonomische und ökologische Effizienzgewinne zu erzielen.
4. Um die Energieeffizienz weiter zu steigern und CO₂-Ausstöße zu reduzieren, werden wir die erfolgreiche Förderung der Gebäudesanierung weiter entwickeln und ausbauen.
5. Wir brauchen eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen.

Öl: 3

1. Vor dem Hintergrund knapper und teurer werdender Kraftstoffe auf der Basis von Erdöl ist der Umstieg auf erneuerbare Kraftstoffe eine Aufgabe der Zukunftsvorsorge.
2. Mit dieser Strategie wollen wir die Abhängigkeit Deutschlands vom Öl reduzieren und die Energie-kosten schrittweise senken

3. ...Renewables-Konferenz von Bonn 2004 mit Erneuerbaren Energien voran. Dies mindert auch die weltweite Abhängigkeit vom Öl.

Anhang B:

CDU „Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit.“ (40 Seiten)

Klimaschutz: 7

1. ...Stromversorgungslücke in Deutschland kann nur mit zusätzlichen fossilen Kraftwerken und mehr schädlichen CO₂-Emissionen geschlossen werden. Dies widerspricht fundamental den Klimaschutzziele.
2. Mit Wind- und Solarenergie allein sind der drastisch steigende Energiebedarf und die weltweiten Klimaschutzziele nicht in Einklang zu bringen.
3. Es gibt nach wie vor große Aufgaben beim Umwelt- und Naturschutz, vor allem bei Lärmschutz und Klimaschutz. Aber Umweltschutz muss bezahlbar sein.
4. Wir forcieren die Anstrengungen zum nationalen und globalen Klimaschutz.
5. Wir wollen die Klimaschutzvereinbarungen zu einer „Kyoto-Plus-Initiative“ weiter entwickeln, in der auch die weltgrößten CO₂-Produzenten sowie die Schwellen- und Entwicklungsländer eingebunden sind.
6. Mit der Gründung einer „Klima-Allianz Deutschland“ wollen wir einen generationenübergreifenden Klimaschutz fördern.
7. In der Energiepolitik setzen wir auf einen klimaverträglichen Energiemix.

[keine Bekenntnis zum Klimaschutz, keine Ziele bis 2020 oder 2050, kein <2°C Ziel]

Atom: 7

1. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist umweltpolitisch und auch technologisch verheerend.
2. Ohne Kernenergie ist eine globale Lösung der CO₂-Problematik derzeit undenkbar.
3. Wir brauchen die Kernkraft auch in Deutschland und stellen die Weichen für eine geordnete Entsorgung.
4. Die Betriebsdauer der deutschen Kernkraftwerke wird sich ausschließlich an der Gewährleistung des größtmöglichen Sicherheitsniveaus jeder Anlage orientieren.
5. Die durch längere Laufzeiten der Kernkraftwerke resultierende höhere Rendite muss sich auch in niedrigeren Strompreisen niederschlagen.
6. (Unter Rot-Grün hat sich eine Verabsolutierung und Idealisierung einzelner Umweltbelange breit gemacht) ... Ein Beispiel ist der Ausstieg aus der CO₂-freien Kernenergie.
7. Vor allem brauchen wir einen breit gefächerten Energiemix aus Erdöl, Kohle, Gas, Kernenergie sowie Biomasse, Wasser-, Wind- und Sonnenenergie.

Kohle: 3

1. Vor allem brauchen wir einen breit gefächerten Energiemix aus Erdöl, Kohle, Gas, Kernenergie sowie Biomasse, Wasser-, Wind- und Sonnenenergie.
2. Mit dem deutschen Steinkohlebergbau, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Saarland werden wir den sozialverträglichen Auslauf des subventionierten Bergbaus abstimmen.
3. (Bezogen auf falsche SPD-Politik Atomausstieg) Die dadurch aufgerissene Stromversorgungslücke in Deutschland kann nur mit zusätzlichen fossilen Kraftwerken und mehr schädlichen CO₂-Emissionen geschlossen werden.

Erneuerbare Energien: 4

1. Mit Wind- und Solarenergie allein sind der drastisch steigende Energiebedarf und die weltweiten Klimaschutzziele nicht in Einklang zu bringen.
2. Wir setzen weiter auf erneuerbare Energien, reduzieren aber ihre zum Teil exorbitante Subventionierung.
3. Unser Ziel bleibt: Die regenerativen Energien sollen mindestens 12,5 % Anteil am deutschen Stromverbrauch erreichen.
4. Vor allem brauchen wir einen breit gefächerten Energiemix aus Erdöl, Kohle, Gas, Kernenergie sowie Biomasse, Wasser-, Wind- und Sonnenenergie.

Effizienz: 1

1. Wir setzen Schwerpunkte beim sparsamen und effizienten Umgang mit Energie. Insbesondere in der Altbauanierung liegen ungenutzte und hochwirtschaftliche Potenziale rationeller Energienutzung.

Ö: 1

1. Vor allem brauchen wir einen breit gefächerten Energiemix aus Erdöl, Kohle, Gas, Kernenergie sowie Biomasse, Wasser-, Wind- und Sonnenenergie.

Anhang C:

Die Grünen (59 Seiten)

Klimaschutz: 14

1. In den vergangenen sieben Jahren konnten wir wichtige Fortschritte erzielen: beim Atomausstieg, in der Energiepolitik, beim Umwelt- und Klimaschutz,
2. Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik brauchen Umwelt- und Klimaschutz, doch die Industrieländer verbrauchen unverantwortlich viel globale Ressourcen.
3. Ökologische Verantwortung und Stärkung der Verbraucherrechte sind zentrale Elemente der Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und nichts, was man sich nur in guten Zeiten leisten darf, sondern Voraussetzung für Klimaschutz, Innovation und zukunftssichere Arbeit.
4. Der Emissionshandel sorgt dafür, dass Klimaschutz dort stattfindet, wo er am kostengünstigsten verwirklicht werden kann.
5. Mit dem Emissionshandel und mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz haben wir Klimaschutz zum Wachstumsmotor gemacht.
6. Mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Deutschland international Vorreiter für ambitionierte Umweltpolitik und consequenten Klimaschutz.
7. Wir wollen die erfolgreiche Klimaschutzpolitik der letzten Jahre fortsetzen. Dafür müssen wir
8. unsere Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% senken, bis 2050 um 80%. Auch die EU muss Vorreiter bleiben und den internationalen Klimaschutz weiter voran bringen.
9. Wir erwarten, dass sich die EU bald zur Senkung der Treibhausgasemissionen um 30% bis 2020 gegenüber 1990 verpflichtet und eine langfristige europäische Klimaschutzstrategie entwickelt.
10. Wir wollen einen Klimaschutzfond auflegen, mit dem Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs in Schulen, Krankenhäusern, Kommunen und privaten Haushalten angestoßen und finanziert werden.
11. Im nationalen Klimaschutzprogramm wollen wir das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm deutlich verstärken.
12. Durch Anstrengungen im Klimaschutz, bei der Luftreinhaltung, den Erhalt der Artenvielfalt und eine naturnahe Bewirtschaftung muss der Wald geschützt werden.
13. In den letzten Jahren haben wir GRÜNE gezeigt, dass auch von der nationalen Ebene wichtige Impulse für die gerechtere Gestaltung der Globalisierung ausgehen können: in der Neuordnung der europäischen Agrarpolitik und beim internationalen Klimaschutz ebenso wie beim entschiedenen „Nein“ gegen den Irak Krieg oder dem Engagement für den Frieden in Nahost.
14. Auch eine Umstellung der Kfz-Steuer gemäß dem CO₂-Ausstoß soll schnell auf den Weg gebracht werden.

[KLARES Bekenntnis zum Klimaschutz: 40% bis 2020 und 80% bis 2050, aber kein <2°C Ziel]

Atom: 14

1. In den vergangenen sieben Jahren konnten wir wichtige Fortschritte erzielen: beim Atomausstieg, in der Energiepolitik, beim Umwelt- und Klimaschutz,
2. Schwarz-gelb will nicht mehr, sondern weniger Ökologie: Wiedereinstieg in die Atomkraft und Gefährdung von vielen Arbeitsplätzen im Bereich der Erneuerbaren Energien
3. Atomkraft ist nicht zu verantworten, weil ein Unfall wie in Tschernobyl nicht sicher ausgeschlossen werden kann.
4. Die Entsorgungsfrage atomaren Mülls ist weltweit ungelöst.
5. In Zeiten des internationalen Terrorismus sind „schmutzige Bomben“ mit nuklearem Müll oder der Angriff auf ein AKW keine Hirngespinnste, sondern eine reale Bedrohung.
6. Wir setzen uns für die schnellstmögliche Stilllegung der besonders gefährdeten Anlagen, nämlich von Philippsburg 1, Isar 1, Biblis A und Brunsbüttel ein. Das Atomgesetz gibt die Möglichkeit dazu. Immer wieder kommt es zu Störfällen, mehrere Atommeiler sind nicht einmal gegen Flugzeugabstürze gesichert.
7. Nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN garantieren die weitere Abschaltung von Atomkraftwerken, wie sie von der Bevölkerung breit getragen wird.
8. Der Atomausstieg eröffnet auch große wirtschaftliche Chancen. Wer Laufzeitverlängerungen für abge-schriebene AKW in Aussicht stellt, verhindert dagegen Investitionen, Innovationen und neue Arbeitsplätze.

9. Urananreicherung als Teil der nuklearen Produktionskette soll keine Zukunft haben.
10. Weil das Endlagersuchgesetz nun den Neuwahlen zum Opfer fiel, werden wir es in der neuen Legislaturperiode unverzüglich einbringen. Eine vorzeitige Festlegung auf den Standort Gorleben darf es nicht geben. Die Genehmigung und Inbetriebnahme eines Endlagers für Radioaktiven Müll im Schacht Konrad, im Salzstock Gorleben und anderswo bedarf eines systematischen, vorurteilsfreien und wissenschaftlichen Eignungsvergleich mehrerer Standorte mit intensiver Bürgerbeteiligung. Aus unserer Sicht ist Gorleben aus geologischen Gründen (Mehrbarrierenkonzept) nicht geeignet.
11. Die Privilegierung bei steuerlichen Rückstellungen, die der Atomwirtschaft enorme Wettbewerbsvorteile verschafft, wollen wir abschaffen.
12. Das Atomlager Asse II, das akut von Überflutung gefährdet ist, muss schnell in einem transparenten Verfahren mit rechtlich verankerter Bürgerbeteiligung stillgelegt werden.
13. Den Export von Atomtechnologie ins Ausland lehnen wir ab.
14. Den EURATOM-Vertrag wollen wir abschaffen und bilaterale Nuklear-Abkommen durch Kooperationsverträge im Bereich Erneuerbare-Energien ersetzen. Eine weitere staatliche Finanzierung der Forschungen zur Kernfusion lehnen wir ab.

Kohle: 7

1. So bedurfte es jahrelanger Auseinandersetzungen, um die steuerliche Diskriminierung von Gas gegenüber Kohle und Atom endlich abzuschaffen und für Wettbewerb in der Energiewirtschaft und Fortschritte beim Emissionshandel zu sorgen.
2. Wir wollen deshalb umweltschädliche Subventionen, wie die Entfernungspauschale reduzieren und die Kohlebeihilfe abschaffen, eine Steuer auf Kerosin sowie die Mehrwertsteuer für grenzüberschreitende Flüge einführen, und ungerechtfertigte Ökosteuer-Ausnahmen für Großverbraucher konsequent reduzieren.
3. Wir sind ins solare Zeitalter aufgebrochen, wissen aber auch, dass wir noch nicht soweit sind, auf fossile Energieträger ganz zu verzichten. Wir setzen auf Kraft-Wärme Kopplung und darauf, Erdgas und Kohle so effizient wie möglich zu verstromen.
5. Die Kohlesubventionen wollen wir abschmelzen und bis 2012 komplett abbauen. Wegen der extrem hohen Schäden durch den Bergbau ist die Steinkohleförderung im Saarland spätestens 2010 zu beenden.
6. Neben dem Ausbau hocheffizienter Kraftwerke und Erneuerbarer Energien setzen wir auf mehr Effizienz und Energieeinsparung.
7. Weil wir mit dem Emissionshandel kalkulierbare Rahmenbedingungen für die ökologische Modernisierung geschaffen haben, wird nach Jahrzehnten in Deutschland endlich wieder in den Kraftwerkspark investiert und der Erneuerungsbedarf beträgt fast 20 Mrd. Euro.

Erneuerbare Energien: 13

1. Neben dem Ausbau hocheffizienter Kraftwerke und Erneuerbarer Energien setzen wir auf mehr Effizienz und Energieeinsparung.
2. Wer Effizienztechnologien und erneuerbare Energien heute entwickelt, hält den Schlüssel für die Lösung der Energiefrage von morgen in der Hand.
3. Mit dem Emissionshandel und mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz haben wir Klimaschutz zum Wachstumsmotor gemacht.
4. Wir setzen uns ein für eine internationale Agentur für erneuerbare Energien.
5. Wir haben grüne Akzente in der Forschungspolitik gesetzt: Aufstockung der Mittel für Erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe und ...
6. Durch uns ist Deutschland heute globaler Markt- und Technologieführer bei Windkraft und bei der Photovoltaik.
7. Durch Windkraft, Sonne und Biomasse haben wir im Mittelstand hunderttausende Arbeitsplätze mit Zukunft geschaffen.
8. Wir haben mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) die Stromerzeugung aus sauberen, erneuerbaren Quellen konsequent gefördert.
9. Unser Ziel bis 2020 heißt: „4x25“. Aus Erneuerbaren Energien, und nachwachsenden Rohstoffen wollen wir bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts ein Viertel der Stromversorgung, ein Viertel der Wärmenutzung, ein Viertel des Kraftstoffverbrauchs und ein Viertel der heute noch chemisch produzierten Güter herstellen.
10. Dazu werden wir in der nächsten Legislaturperiode ein Gesetz zur Förderung regenerativer Wärmege-winnung einbringen, Offshore-Windparks ans Netz bringen, und die Einführung nachwachsender Rohstoffe gezielt fördern.
11. Wir setzen auf die drei starken „E“ Erneuerbare, Energieeffizienz, Einsparen.

12. Den Anteil der Kraft-Wärme-Koppelung wollen wir bis 2010 verdoppeln und setzen dabei vorrangig auf dezentrale Lösungen und den Einsatz erneuerbarer Energien.
13. Die Mineralölsteuerbefreiung von Biokraftstoffen wollen wir verlängern.

Effizienz: 4

1. Neben dem Ausbau hocheffizienter Kraftwerke und Erneuerbarer Energien setzen wir auf mehr Effizienz und Energieeinsparung.
2. Wer Effizienztechnologien und erneuerbare Energien heute entwickelt, hält den Schlüssel für die Lösung der Energiefrage von morgen in der Hand.
3. Wir setzen auf die drei starken „E“ Erneuerbare, Energieeffizienz, Einsparen.
4. Mit einer klaren und einfachen Kennzeichnung von Autos – Effizienzklassen A bis G – wollen wir den Wettbewerb um niedrigen Spritverbrauch in Schwung bringen.

Öl: 6

1. Wir müssen unsere Abhängigkeit vom Öl daher schrittweise reduzieren.
2. Wir setzen uns dafür ein, dass EU-weit ab 2008 ambitionierte Verbrauchsgrenzwerte für Autos gelten.
3. Unsere GRÜNE Strategie „Weg vom Öl“ ist ein beispielloses Programm für Arbeit mit Zukunft.
4. Angesichts der hohen Ölpreise und des wachsenden Tanktourismus in den Grenzgebieten ist eine Erhöhung der Mineralölsteuer nicht sinnvoll. Weil wir uns dennoch technologisch und wirtschaftlich auf das Nach-Öl-Zeitalter vorbereiten müssen, setzen wir darauf, durch höhere EU einheitliche Mindeststeuersätze für Energie und Ressourcen Spielraum für eine Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform zu schaffen, die knappe Ressourcen verteuert und Arbeit weiter verbilligt.
5. Güter gehören wo immer möglich auf die Schiene und nicht auf die Straße.
6. Wir wollen fairen Wettbewerb zwischen Flugzeug und Bahn. Deshalb wollen wir die steuerlichen Vorteile des Fliegens wie die Mehrwertsteuerbefreiung von Flugtickets abbauen und Bahnfahrten billiger machen. Staatliche Subventionen für Flughafenaus- oder -neubauten lehnen wir ab.

Anhang D

FDP „Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005“ (55 Seiten)

Klimaschutz: 5

1. Insbesondere vor dem Hintergrund der von der FDP unterstützten ehrgeizigen internationalen und nationalen Klimaschutzziele ist der vereinbarte Abschied von der Kernenergie der falsche Weg.
2. Aus Gründen des Klimaschutzes und einer Verringerung der Abhängigkeit von anderen Energieträgern müssen die Erneuerbaren Energien im zukünftigen Energiemix eine wichtige Rolle spielen.
3. Die Antwort liegt für uns in einem internationalen, gemeinsamen Vorgehen zum Klimaschutz. Mit Blick auf die Zeit nach 2012 plädieren wir dafür, die CO₂-Emissionen europaweit bis zum Jahr 2020 um 30 % im Vergleich zu 1990 zu verringern.
4. Zur Erreichung der Klimaschutzziele setzen wir uns für die Nutzung aller flexiblen marktwirtschaftlichen Instrumente des Kyoto-Protokolls (z. B. Emissionshandel) sowie für die Nutzung von CO₂-Senken (z. B. Aufforstung) ein. Gleichzeitig bringt die Nutzung dieser Instrumente erhebliche Kostensenkungspotentiale für den Klimaschutz - auch in Deutschland.
5. Wir plädieren zudem dafür, inländischen Investoren die Möglichkeit zu eröffnen, Joint-Implementation-Projekte im eigenen Land mit nicht am Emissionshandel teilnehmenden Sektoren durchzuführen.

[Bekanntnis zum Klimaschutz und europäisches 30% Ziel bis 2020, kein Ziel bis 2050, kein <2°C Ziel]

Atom: 5

1. Insbesondere vor dem Hintergrund der von der FDP unterstützten ehrgeizigen internationalen und nationalen Klimaschutzziele ist der vereinbarte Abschied von der Kernenergie der falsche Weg. Denn solange die zentrale Frage offen bleibt, wie auf die Kernenergie langfristig verzichtet werden kann, ohne die Atmosphäre durch den verstärkten Einsatz fossiler Brennstoffe zusätzlich zu belasten, ist der beabsichtigte Ausstieg aus der Kernenergie nicht zu vertreten.
2. Auch über die auf 32 Jahre willkürlich verkürzte Betriebszeit der achtzehn in Deutschland bestehenden

Kernkraftwerke hinaus brauchen wir diese Option der Stromerzeugung als wichtigen Bestandteil des Energiemixes.

3. Die weitere Nutzung der Kernenergie kann nicht losgelöst von Fragen der Entsorgung, der Reaktorsicherheit, der Klimaproblematik und der langfristigen Versorgungssicherheit gesehen werden.
4. Generell gilt, daß Laufzeiten von Kernkraftwerken nicht politisch-ideologisch zu entscheiden sind, sondern primär nach Erfordernissen der Sicherheitstechnik, des Klimaschutzes und der Betriebswirtschaft.
5. Ohne einen ganzheitlichen Energieforschungsansatz, der von einer ambitionierten Grundlagenforschung (z.B. Fusionsforschung mit Wendelstein 7-X in Deutschland und ITER in Europa) ausgeht, der Spitzenforschung für moderne Kraftwerkstechniken (z.B. Effizienzsteigerung und CO₂-Abscheidung) fördert und die kerntechnische Sicherheitsforschung verstärkt, werden wir den wachsenden Bedarf an Energie nicht decken können. Energieforschung darf nicht an Ideologien ausgerichtet werden, sondern an Energieeffizienz und sparsamem Umgang mit knappen Ressourcen.

Kohle: 3

1. Wir wollen die Steinkohlesubventionen einstellen. Der Bedarf an Steinkohle wird zu mehr als 50 % durch Importe gedeckt. Dies ist die preisgünstigere Alternative. Die Förderung der heimischen Steinkohle ist etwa drei Mal so teuer. Jeder Arbeitsplatz im Steinkohlebergbau wird mit rund 60.000 Euro subventioniert. Unmittelbar nach der Übernahme der Regierungsverantwortung wollen wir in einer Kohlekonferenz mit den Beteiligten die Bedingungen für das Auslaufen der Subventionen festlegen.
2. Im Zusammenhang mit dem Abbau der Steinkohlesubventionen setzen wir uns für eine Änderung des Bundesbergbaugesetzes ein. Genehmigungsverfahren müssen insbesondere auch die Belange von Bürgern berücksichtigen, die von auftretenden Bergschäden betroffen sind. Die Rechte der Oberflächeneigentümer sind zu stärken.
3. Ohne einen ganzheitlichen Energieforschungsansatz, der von einer ambitionierten Grundlagenforschung (z.B. Fusionsforschung mit Wendelstein 7-X in Deutschland und ITER in Europa) ausgeht, der Spitzenforschung für moderne Kraftwerkstechniken (z.B. Effizienzsteigerung und CO₂-Abscheidung) fördert und die kerntechnische Sicherheitsforschung verstärkt, werden wir den wachsenden Bedarf an Energie nicht decken können. Energieforschung darf nicht an Ideologien ausgerichtet werden, sondern an Energieeffizienz und sparsamem Umgang mit knappen Ressourcen.

Erneuerbare Energien: 6

1. Die Nutzung Erneuerbarer Energien muß weiter vorangetrieben werden, weil es sich um Zukunftstechnologien für eine nachhaltige Energieversorgung handelt.
2. Aus Gründen des Klimaschutzes und einer Verringerung der Abhängigkeit von anderen Energieträgern müssen die Erneuerbaren Energien im zukünftigen Energiemix eine wichtige Rolle spielen.
3. Auf der nationalen Ebene ist für neu zu errichtende Anlagen ein dauerhaft tragfähiges Gesamtkonzept zur Förderung Erneuerbarer Energien vorzulegen.
4. Die technische Weiterentwicklung der Speichertechnologie eröffnet den Erneuerbaren Energien eine große Zukunftschance, indem sie diese grundlastfähig macht. Bis eine rein auf Energiespeicherung aufbauende Nutzung Erneuerbarer Energien realisiert werden kann, ist das Erneuerbare Energien Gesetz zu ersetzen durch ein Modell marktwirtschaftlicher Förderung durch Mengensteuerung.
5. Die derzeitige selektive Beschränkung der Förderung Erneuerbarer Energien auf den Strombereich ignoriert vollständig das Potential des Wärmemarkts. Der Anteil Erneuerbarer Energien im Wärmemarkt ist dementsprechend marginal, obwohl der Wärmemarkt wegen seiner dezentralen Struktur für eine Nutzung Erneuerbarer Energien besonders attraktiv ist.
6. Über eine Verknüpfung der Maßnahmen zur Nutzung Erneuerbarer Energien im Gebäudebereich und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz mit den modernen Instrumenten der Klimapolitik, namentlich dem Emissionszertifikatehandel, wird gewährleistet, daß je eingesetztem Euro soviel CO₂ wie möglich vermieden wird.

Effizienz:

1. Über eine Verknüpfung der Maßnahmen zur Nutzung Erneuerbarer Energien im Gebäudebereich und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz mit den modernen Instrumenten der Klimapolitik, namentlich dem Emissionszertifikatehandel, wird gewährleistet, daß je eingesetztem Euro soviel CO₂ wie möglich vermieden wird.
- 2.

Öl:

1. Die im Rahmen der Europäischen Union vereinbarten Zielvorgaben zum Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch von Kraftstoff müssen in Deutschland erfüllt werden.
2. Wir lehnen Gängelei bei der Wahl des Verkehrsmittels und prohibitive Verteuerungen des Verkehrs ab.
3. Wir wollen den Logistikstandort Standort Deutschland stärken; dazu gehört auch der Abbau der Wettbewerbsnachteile für das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe (Durchsetzung des Mineralölsteuer-Anrechnungs-verfahrens)

Anhang E

Die Linke. PDS „Für eine soziale Idee“ (17 Seiten)

Klima: 0

[KEIN Bekenntnis zum Klimaschutz: keine Ziele, kein <2°C Ziel]

Atom: 2

1. Wir wollen einen kurzfristigen Ausstieg aus der Atomenergie.
2. Neue AKW lehnen wir daher ebenso ab wie den Export von Atomtechnik und unnötige Atomülltransporte.

Kohle: 0

Erneuerbare Energien: 2

1. Bis 2050 wollen wir erreichen, dass alle Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird.
2. Die Nutzung von Sonnenenergie muss schon heute entschiedener vorangebracht werden, unter anderem durch große internationale Kooperationsprojekte.

Effizienz: 2

1. Mit Energie muss sparsam und höchst effizient umgegangen werden – auch und gerade im Interesse der Umwelt.
2. ... für die Steigerung der Energieeffizienz, für eine sparsame Nutzung von Rohstoffen und Ressourcen,

Öl: 3

1. Öffentlicher Verkehr soll ausgebaut und erheblich preiswerter werden;
2. mehr Güterverkehr gehört auf die Schiene;
3. Flugbenzin soll endlich besteuert werden.

Zusätzlich interessant:

Für äußerst wichtig halten wir die dezentrale Energieversorgung. Die Energiemonopole wollen wir entflechten und demokratischer Kontrolle unterstellen.